

DIE IGFM IM VISIER DER STASI



Die IGFM hat auf Menschenrechtsverletzungen in der DDR hingewiesen und sich für Verfolgte eingesetzt. Die Stasi hat über Jahre versucht, die IGFM zu zerstören. Bild: [CC BY 2.0](#)

Menschenrechtsorganisationen sprechen oft unangenehme Wahrheiten an. Sie werden daher von zahlreichen Staaten misstrauisch beäugt. Die DDR bildete dabei keine Ausnahme. Im Gegenteil. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik gab es keine Sprachbarriere, deshalb fiel es den Mitgliedern der IGFM hier besonders leicht, sich für politische Häftlinge einzusetzen. Das waren in der DDR nicht nur, aber vor allem Menschen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Freizügigkeit wahrnehmen wollten.

Seit Gründung der IGFM bis zur Wiedervereinigung 1990 hat sich die IGFM für Tausende politisch verfolgter Bürger der DDR erfolgreich eingesetzt. Die SED und die Staatssicherheit bekämpften diese Arbeit.

Zum „Staatsfeind“ erklärt

Wegen ihres grundsätzlichen Engagements für die Achtung der Menschenrechte und die Freilassung politischer Gefangener in der DDR erklärte der Minister für die Staatssicherheit der DDR, Generaloberst **Erich Mielke**, die IGFM, damals noch Gesellschaft für Menschenrechte (GFM) am 17.9.1975 zum Staatsfeind der DDR. Erich Mielke befahl, dass

„alle operativen Diensteinheiten in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich den Aktivitäten der GFM und den auf diese zurückzuführenden Erscheinungen und Auswirkungen in der DDR die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete politisch-operative Maßnahmen sowie durch eine qualifizierte Informationstätigkeit zur Bekämpfung der GFM beizutragen“ hatten. In der Folge wurde die IGFM durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) offen und verdeckt bekämpft.

In den von der Gauck- bzw. Birthler-Behörde gesicherten Stasi-Unterlagen ist nachzulesen, dass für „offensive Maßnahmen zur Störung, Verunsicherung, Lähmung bis zur Liquidierung feindlicher Kräfte im Operationsgebiet bzw. Stützpunkte im Innern der DDR“ Operationspläne angelegt wurden, die durch Agenten (IM) zu erfüllen waren. In „Zentralen Operativen Vorgängen“ (ZOV) wurden „Aktionen“ in allen Einzelheiten festgelegt.

Entsprechend dieser Pläne wurden Fälschungen (z.B. Briefköpfe, Unterschriften) angefertigt, gefälschte Briefe und Pressemitteilungen im Namen von Vorstandsmitgliedern verschickt, Gerüchte und Lügen verbreitet, Gerüchte und Lügen mit Wahrheiten und Halbwahrheiten vermischt, Zeitabläufe bewusst verkürzt oder falsch dargestellt, um die IGFM in ein schlechtes Licht zu rücken und ihre Arbeit zu diskreditieren. Seit etwa 1984 wurde versucht, gezielt die IGFM in eine rechtsextreme Ecke zu drängen, die zudem angeblich mit Geheimdiensten zusammenarbeite und Diktaturen unterstütze. 1989 arbeiteten über 30 Stasi-Offiziere an der „Zersetzung“ der für sie unbequemen IGFM.

Bundespräsident a. D. Joachim Gauck dazu in seiner [Ansprache zum 50. Jahrestag der IGFM am 9. April 2022 in Bonn:](#)

Als ehemaliger Beauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit weiß ich zudem nur zu gut von der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber der Gesellschaft, eine zerstörerische, zersetzende Arbeit, die zum Teil von willigen Helfern im Westen der Bundesrepublik für Geld oder aus politisch-ideologischer Überzeugung verübt wurde. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte über 100 Spitzel auf die Unterwanderung westdeutscher Menschenrechtsorganisationen angesetzt. Davon alleine 30 auf die IGFM. Und noch 1989 wurden inoffizielle Mitarbeiter aus der DDR in den Westen geschickt. Und doch ließen Sie sich nicht beirren und halfen, klärten auf und prangerten an.

Am 1. Juni 2022 wurde in der FAZ eine Rezension über den von Douglas Selvage und Georg Herbstritt verfassten Sammelband „Der große Bruder“ veröffentlicht. Darin aufgeführt sind Studien zum Verhältnis von KGB und MfS in den Jahren 1958-1989, in denen auch auf [die Geheimdienstarbeit gegen die IGFM eingegangen wird](#). [Zum Artikel](#)

Die IGFM wurde nicht nur vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bekämpft, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland (westliche Bundesländer) von zahlreichen willigen, zum Teil bezahlten Helfern, von Mitgliedern kommunistischer Parteien und anderen Linksextremisten unterstützt. Sie beriefen und verließen sich auf die falschen oder konstruierten Informationen des MfS.

Die Angriffe gegen die IGFM haben nach dem Fall der Mauer nachgelassen. Aber leider gibt es auch heute noch Personen, die ungeprüft Verleumdungen, die auf die Stasi zurückgehen, glauben oder sogar weiterverbreiten.

Eine weitere Dokumentation der Stasi-Attacken auf die IGFM finden Sie in unserem [Jahresbericht 2020](#)

Weitere Antworten auf Ihre fragen finden Sie hier



Joachim Gauck bei einer IGFM-Presskonferenz am 13. April 2002